Herr Dr. Peeters äußert Kritik an der Verwaltungsvorlage. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Stadt Pulheim zu Beginn des Monats wieder das Strom- und Gasnetz übernommen habe. Weitere Beispiele seien Meschede und Aachen. Hier solle nun weit über die Amtszeiten des Rates hinaus über 20 Jahre der Vertrag festgelegt werden ohne andere Optionen zu prüfen. Da der Vertrag noch bis 2013 laufe, bestehe keine Eile. Außerdem könne man sich auch auf die Erfahrung von Nümbrecht oder Pulheim stützen. Bereits früher habe er gesagt, dass der Geschäftsführer der Gemeindewerke Nümbrecht bereit sei, über die dortigen Erfahrungen in Eitorf zu berichten. Zu prüfen wären auch regionale Arbeitsgruppen mit Beteiligung ortsansässiger Unternehmen. Eine Stärkung der regionalen Wirtschaft sei zum Beispiel in Nümbrecht eingetreten. Seiner Fraktion sei es unverständlich, dass all dies nicht geprüft wurde.

Herr Langer fragt, ob es auf die Bekanntmachung im Bundesanzeiger weitere Angebote gegeben habe und ob Gespräche mit anderen Stadtwerken geführt wurden.

Der Erste Beigeordnete erklärt, dass die Bekanntmachung gemäß den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes erfolgt sei. Dies entspreche auch der bestehenden Beschlusslage. Gegenstand des Beschlusses sei auch gewesen, einer eigenen Netzübernahme nicht näher zu treten. Insofern sei das jetzige Verfahren konsequent. Außer RWE habe sich niemand gemeldet.

Herr Gräf verweist auf den Inhalt der bestehenden Beschlusslage. Ihm sei es nicht vorstellbar, wie die Gemeinde in der Lage sein solle, das Netz selber zu übernehmen – weder finanziell noch personell. Mit RWE habe man einen verlässlichen Partner. Der vorgelegte Vertrag sei ein Mustervertrag des Städte- und Gemeindebundes somit mit bundesweitem Standard. Sowohl die Rahmenbedingungen als auch die finanziellen Bedingungen seien für die Gemeinde sehr vorteilhaft. Vor allem aber sei die Kooperationsbereitschaft im Bereich der erneuerbaren Energien hervorzuheben. Möglicherweise habe man hier sogar einen kompetenten Kooperationspartner im Hinblick auf ein Energiekonzept. Man müsse sich die Frage stellen, was ein anderer Anbieter mehr bieten könne.

Herr Langer stellt die Frage in den Raum, wie ernst RWE das Thema erneuerbare Energien meine. Vorstellbar sei durchaus, RWE hier einzubinden sofern Projekte ernsthaft angegangen würden. Als Beispiel nennt er das zwar in Troisdorf nicht zustande gekommene aber in Eitorf durchaus vorstellbare Biomasseprojekt. Dann könne man hier durchaus zustimmen.

Herr Dr. Peeters sieht die Ausführungen von Herrn Gräf kritisch. RWE schütte keine Wohltaten über Eitorf aus, sondern es handele sich vielmehr um einen ganz normalen Vertrag wie er auch andernorts üblich sei. Ohne einmal richtig geprüft zu haben, könne man nicht wissen, ob die Übernahme des Netzes möglich und realisierbar sei.

Der Bürgermeister stellt klar, dass man weder über einen Endkunden rede noch um Stromproduktion, sondern ganz alleine um ein „nicht ausschließliches“ Netz. Außerdem verweist er auf die Funktion der Regulierungsbehörde, die den Preis für die Durchleitung von Strom festlege mit Begrenzung nach oben. Bei den entstehenden Kosten müsse dies berücksichtigt werden. So trage man das Risiko eines Verlustes.

Herr Sonntag begrüßt zwar kreatives Denken in dieser Sache, allerdings müsse man in der Prozesskette weiterkommen. So hätten sich Rat und Hauptausschuss in der letzen Wahlperiode ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Hierbei habe sich z.B. herausgestellt, dass alleine die

Wertermittlung für den Rückkauf des Netzes eine sechsstellige Summe koste. Die CDU stimme dem Vertrag zu.

Nach weiteren Wortmeldungen bittet Herr Sonntag um eine redaktionelle Änderung im Vertrag unter § 2 Ziff. 4 an. Dort heißt es „Nach Fertigstellung der anlagen lässt die RWN den öffentlichen Verkehrsweg so wiederherstellen, dass er *möglichst* den Verhältnissen vor Beginn der Arbeiten entspricht.“ Der Begriff „möglichst“ störe ihn.

Nach kurzer Erörterung dieser Wortwahl wird sich dahingehend verständigt, den Begriff durch „mindestens“ zu ersetzen.

Schließlich lässt Bürgermeister Dr Storch über den Beschlussvorschlag abstimmen.